

Die chinesische Lateinamerikapolitik seit 1989

Reiß, Stefanie

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Reiß, S. (2000). *Die chinesische Lateinamerikapolitik seit 1989*. (Brennpunkt Lateinamerika, 21). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-443811>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more Information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 21

9. November 2000

ISSN 1437-6148

Die chinesische Lateinamerikapolitik seit 1989

Stefanie Reiß

Die Volksrepublik China hat in den 90er Jahren eine außerordentlich aktive, in Europa wenig beachtete Lateinamerikapolitik betrieben, die sich u.a. in einer regen Besuchsdiplomatie chinesischer Spitzenpolitiker niederschlug. Die chinesischen Avancen gegenüber Lateinamerika und der Karibik waren eine Folge der internationalen Isolierung der Volksrepublik Anfang der 90er Jahre, zunehmender Aktivitäten der taiwanesischen Regierung in Lateinamerika und des Interesses an einem interessanten Absatzmarkt. Das gleiche wirtschaftliche Interesse bestand auf lateinamerikanischer Seite gegenüber China.

Die gewaltsame Niederschlagung der Demokratiebewegung und das Massaker durch die Volksbefreiungsarmee auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Juni 1989 hatten starke negative Auswirkungen auf Chinas internationale Reputation. Vor allem in Europa und den USA wurden die Repressionsmaßnahmen der chinesischen Machthaber auf das Schärfste verurteilt und die Menschenrechtsverletzungen angeprangert. Die chinesische Regierung pochte auf die staatliche Souveränität und das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten oder betonte die Divergenz kultureller Standards und Definitionen von Menschenrechten. Einige westliche Staaten suspendierten in der Folge des Massakers sogar ihre diplomatischen Beziehungen mit China, und internationale Großkonzerne schlossen ihre Fabriken sowie Büros in der VR. Die Reaktion lateinamerikanischer Staaten hingegen war eher unspektakulär, da diese Länder meist die chinesische Position der Nichtein-

schung in die inneren Angelegenheiten teilten. Nur Grenada und Belize brachen ihre diplomatischen Beziehungen mit China im Jahr 1989 ab, aber dies geschah auf Initiative Peking, da beide Länder diplomatische Beziehungen mit Taiwan eingegangen waren.¹

Lateinamerika spielte für Chinas außenpolitische Auferstehung insofern eine Rolle, da Chinas Präsident Yang Shangkun seine erste diplomatische Reise nach den Ereignissen von 1989 nach Brasilien, Uruguay, Chile, Mexiko und Argentinien unternahm. Eine Erklärung dafür, Lateinamerika als ersten Zielhafen anzusteuern, könnte eben diese Übereinstimmung über das Nichtein-

¹ Bis 1989 pflegten folgende lateinamerikanische und karibische Länder diplomatische Beziehungen mit der VR China: Kuba, Chile, Peru, Mexiko, Argentinien, Guyana, Jamaika, Trinidad y Tobago, Venezuela, Brasilien, Surinam, Barbados, Ecuador, Kolumbien, Antigua y Barbuda, Bolivien, Nikaragua (Suspendierung 1990), Uruguay.

mischungsprinzip sein. Eine weitere Erklärung liegt im wachsenden Bestreben um Anerkennung im internationalen System, das in einen Konkurrenzkampf zwischen der VR China und der chinesischen Republik auf Taiwan (Nationalchina) mündete.

Chinas und Taiwans Buhlen um Lateinamerika und die Karibik

Das taiwanesisches Interesse an Lateinamerika entwickelte sich nach dem Ausschluss Nationalchinas aus den Vereinten Nationen 1971. Da die Taiwaner die lateinamerikanische Region als nordamerikanisches Hinterland perzipierten, versuchten sie über eine Annäherung an diese Region, die US-Unterstützung in der internationalen Gemeinschaft für das eigene Land aufrechtzuerhalten. Zwei weitere Faktoren erleichterten die Zusammenarbeit zwischen Nationalchina und Lateinamerika. Erstens war dort der Grad der diplomatischen Anerkennung Taiwans besonders hoch, und zweitens ermöglichte die Unterentwicklung vornehmlich der karibischen Staaten und Mittelamerikas taiwanesisches Hilfestellung im landwirtschaftlichen und technologischen Sektor. Obwohl Taiwan relativ wenig internationale Anerkennung erfuhr und nur selten internationalen Organisationen angehörte und schließlich 1979 die USA die offiziellen Beziehungen suspendierten, hielt es dennoch einen unverkennbaren Joker in den Händen: hohe ökonomische Performanz. Diese erlaubte Taiwan, Kapital zu akkumulieren und dadurch wirtschaftliche Zusammenarbeit anzubieten. Die Entwicklungshilfe, die Taiwan Ländern der Dritten Welt in Form von landwirtschaftlicher und technologischer Unterstützung liefern konnte, wurde allmählich durch Subventionen und Darlehen ersetzt. Über diese Politik sollten die Außenbeziehungen expandieren und günstige Voraussetzungen für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen geschaffen werden. Zudem wurde Letzteres sogar mit der Gewährung von Darlehen belohnt. Im Fall Grenada versprach Taiwan 1989 ein Niedrig-Zins-Darlehen von US\$ 10 Mio. und im Fall Nikaragua 1990 einen Kredit über US\$ 100 Mio. Die Machthaber in Peking kritisierten diese „Dollar-Diplomatie“ und behaupteten, dass alle Beziehungen Taiwans auf Geld aufbauten und somit auf wackeligen Beinen stünden. Im Falle interessanterer Angebote von dritter Seite sei das günstigste Land sofort bereit, Taiwan fallen zu lassen.

Allerdings verfolgte die VR nach 1989 eine ähnliche Politik wie Taiwan. Die Entwicklungshilfe wurde zum Instrument einer Strategie, mittels derer politische Glaubwürdigkeit und Allianzen mit Ländern der Dritten Welt erhalten werden konnten. Im Jahr 1990 verlängerte China Entwicklungshilfegelder für siebenundzwanzig Länder, darunter sechs aus der lateinamerikanischen Region (Bolivien, Jamaika, Kolumbien, Nikaragua, Peru, Surinam). 1988 erhielten nur drei Länder, 1989 nur ein Land Entwicklungshilfe aus Peking, während es 1990 bereits elf lateinamerikanische Staaten waren.

Die lateinamerikanische Region, einst Schlachtfeld für ideologische Grabenkämpfe zwischen der Sowjetunion und China in den 60er Jahren, entwickelte sich zum Austragungsort im Tauziehen um internationale Anerkennung der zwei Chinas. Zudem schürte die ungünstige Stimmung in Folge des Peking-Massakers diese Konkurrenzsituation, so dass Taiwan seine Beziehungen zu lateinamerikanischen Ländern und zur internationalen Gemeinschaft neu diskutieren konnte. Die taiwanesischen Bemühungen um Lateinamerika mündeten in einer intensiveren gegenseitigen Besuchshäufigkeit und in einer stärkeren Unterstützung seitens der Lateinamerikaner für die taiwanesisches Forderung, wieder in die Vereinten Nationen aufgenommen zu werden. Ab 1994 sandten jene lateinamerikanischen Staaten, die Taiwan anerkannten, häufig Resolutionen an die Vereinten Nationen, um die Rückkehr der chinesischen Republik einzufordern. 1998 sank allerdings die Zahl der taiwanesischen Verbündeten in den Vereinten Nationen auf sechs lateinamerikanische Länder (Grenada, Nikaragua, El Salvador, San Vincente, Dominika, Panama).

Grundlagen der Beziehungen zu Lateinamerika (und der Karibik)

Die Ereignisse in China im Jahr 1989 provozierten eine Politik der ökonomischen und politischen Sanktionen seitens der „Anti-China-Koalition“.² China suchte zunächst neue Wege, um

² US-Präsident Clinton vertrat zunächst die Ansicht, dass die jährliche Verlängerung des chinesischen Status als „most-favoured-nation“ (MFN) grundsätzlich an die Situation der Menschenrechte in China geknüpft werden müsste. Erst 1994 nahm Washington Abstand von der notwendigen Kopplung an die Menschenrechte. Zu diesem Zeitpunkt lösten die meisten Länder der „Anti-China-Koalition“ ihre Sanktionen gegenüber der VR, allen voran Japan. Eine endgültige Normalisierung der Handelsbeziehungen stellte sich im Mai 2000 ein, als

die wirtschaftliche Kooperation mit anderen Ländern zu revitalisieren. Allerdings stieß es bei diesen Versuchen auf Hindernisse. Die Annäherung an Taiwan, traditionell ein starker Handelspartner der VR, gestaltete sich aufgrund der Konkurrenz um internationale Anerkennung schwierig, und andere wirtschaftliche Partner standen kaum zur Verfügung. Auf internationaler Ebene lähmte der Kollaps der Sowjetunion Chinas Bemühungen, den taumelnden Riesen als Verbündeten gegen die „Anti-China-Koalition“ zu gewinnen. Chinas Machthaber entschieden sich folglich zu einer Strategie, mit der die Beziehungen mit möglichst vielen Staaten mit Hilfe wirtschaftlicher Öffnung optimiert werden sollten. Diese neuen Richtlinien der Außenpolitik und die wachsende Konkurrenz mit Taiwan um die Gunst lateinamerikanischer Staaten bewirkte, dass China seiner Außenpolitik gegenüber Lateinamerika neue Verve verlieh.

Diese Reaktion in Peking kann als Resultat einer Einschränkungspolitik durch dritte Akteure gewertet werden. In diesem Fall bedingten zum einen die USA mit ihrer Sanktionspolitik innerhalb der internationalen Gemeinschaft, zum anderen Taiwan als ärgster Konkurrent in Lateinamerika die Einschränkung des chinesischen Handlungsraums. Die Tatsache, dass die Lateinamerikaner die innenpolitischen Ereignisse weniger kritisierten, begünstigte auf der anderen Seite Chinas Versuche, die Beziehungen mit dieser Region auszubauen.

Der chinesische Präsident Yang Shangkun besuchte 1990 fünf lateinamerikanische Länder (Mexiko, Brasilien, Uruguay, Chile, Argentinien). Diese Reise war der erste offizielle Auslandsbesuch eines chinesischen Staatsoberhauptes nach dem Peking-Massaker und der erste Besuch eines chinesischen Präsidenten in Lateinamerika. Die chinesischen Medien beurteilten dieses Ereignis als „wichtigen Meilenstein in der Geschichte der freundlichen sino-lateinamerikanischen Beziehungen“.

Während seines Aufenthaltes erklärte Yang die fünf Ziele der chinesischen Außenpolitik gegenüber Lateinamerika:

- hohe Besuchshäufigkeit auf Regierungsebene, gegenseitiges Verständnis, Vertrauen und Meinungsaustausch;
- Konsolidierung der Märkte, Schaffung neuer Anknüpfungspunkte zur Optimierung des bi-

das US-Repräsentantenhaus einen Antrag verabschiedete, der die jährliche Überprüfung der MFN-Klausel aufhob.

lateralen Handels unter Berücksichtigung der Prinzipien Gleichberechtigung, gegenseitiger Nutzen und Entwicklung;

- ökonomische und technologische Kooperation;
- kultureller Austausch;
- Aufnahme von Beziehungen mit jenen lateinamerikanischen Ländern, mit denen keine diplomatischen Beziehungen bestehen auf der Grundlage der „Fünf Prinzipien der Friedlichen Koexistenz“³ (*Beijing Review* 1990, 4.-10.06: 5).

Peking erneuerte schließlich auch seine Anstrengungen, gemeinsam mit den lateinamerikanischen Nationen die Entwicklung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung voranzutreiben. Grundlage dieser Politik war die Zuordnung Chinas zur Kategorie der Entwicklungsländer, womit Peking eine natürliche Solidarität mit den lateinamerikanischen Ländern herstellen wollte. Der neue Präsident, Jiang Zemin, präsentierte seine Vier-Punkte-Initiative zur neuen Wirtschaftsordnung 1993 im Zuge eines Besuches in Brasilien. Er hob besonders das Recht der Entwicklungsländer hervor, einen gleichberechtigten Anteil an den globalen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu erhalten, und beharrte auf einer stärkeren Süd-Süd-Zusammenarbeit.

Das chinesische Verhalten gegenüber Lateinamerika zeichnete sich durch die Betonung gemeinschaftlicher Interessen und komplementärer Wirtschaftssysteme aus. Premierminister Li Peng wertete 1995 in Mexiko-Stadt die Zusammenarbeit mit Lateinamerika als Kernelement der Süd-Süd-Kooperation. Trotz der kulturellen und sozialen Unterschiede teilten China und Lateinamerika die Zugehörigkeit zur Dritten Welt und die Sorge um die Entwicklung der jeweiligen Volkswirtschaften mit dem Ziel, den Lebensstandard der Bevölkerung zu verbessern. Beide Partner bräuchten günstige interne und externe Bedingungen, Stabilität und Frieden, um sich auf die nationale Entwicklung und den Fortschritt zu konzentrieren. China und Lateinamerika vereinten ihre Kräfte, um die Verwirklichung gleicher politischer, ökonomischer und sozialer Rechte zu beschleunigen und so die Errichtung einer neuen

³ Die „Fünf Prinzipien der Friedlichen Koexistenz“ sind: Gegenseitiger Respekt der territorialen Integrität und Souveränität, gegenseitige Nicht-Aggression, gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Gleichberechtigung und gegenseitiger Nutzen, friedliche Koexistenz.

Wirtschaftsordnung zu begünstigen. Der Premier betonte weiterhin, dass die gemeinsamen Interessen die Intensivierung bilateraler Beziehungen in der Vergangenheit ermöglicht hätten und auch in der Zukunft eine wichtige politische Grundlage darstellten. Die günstigen Ausgangsbedingungen für eine stärkere Zusammenarbeit sah Li im immensen Marktpotential, dem Ressourcenreichtum der Länder und in den komplementären Wirtschaftssystemen. Diese 1995 formulierten Prinzipien chinesischer Außenpolitik zu LA stimmten weitestgehend mit den Forderungen des früheren Präsidenten Yang im Jahr 1990 überein. Im folgenden wird ein kurzer Abriß über die tatsächliche Umsetzung dieser Politik gegeben.

Chinas Politik gegenüber Lateinamerika und der Karibik in den 90er Jahren: praktische Ergebnisse

Bilaterale politische Beziehungen: Sowohl von lateinamerikanischer Seite als auch von chinesischer Seite stieg die Besuchshäufigkeit in den 90er Jahren. So reisten z.B. die Staatsoberhäupter aller südamerikanischen Staaten (außer Paraguay) teilweise sogar mehrmals nach China. Zwanzig Präsidenten, sieben Vize-Präsidenten, sieben Premiers, sechzehn Außenminister und neun weitere Minister aus Lateinamerika und der Karibik folgten bis 1999 Pekings Einladung, China zu besuchen. Nach der Lateinamerikareise Yangs 1990 besuchte sein Nachfolger Jiang Zemin die Region in den Jahren 1993 und 1997. Zwei Premiers (Li Peng, Zhu Rongji) reisten insgesamt vier Mal nach Lateinamerika (1992, 1995, 1996, 1998).

Eines der außenpolitischen Ziele Chinas ist die Entwicklung eines Beziehungsgeflechtes mit möglichst vielen Staaten, dies gilt besonders seit 1989. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit lateinamerikanischen Staaten wurde zunächst durch die Verbindungen dieser Länder zu Taiwan erschwert. Mit Hilfe von Handelsbeziehungen und Entwicklungshilfe näherte sich China in den 90er Jahren an die lateinamerikanische Region an. Es etablierte 1994 wirtschaftliche Beziehungen mit Honduras, begrüßte die Vize-Präsidentin 1995 in Peking und empfing eine Freundschaftsdelegation aus Paraguay, dem einzigen südamerikanischen Land, das Taiwan offiziell anerkannte.

In der Karibik stießen die chinesischen Bemühungen besonders in zwei Inselstaaten auf fruchtbaren Boden. Das Reich der Mitte konnte

1997 diplomatische Beziehungen mit Santa Lucia und den Bahamas aufnehmen. Um der Bedeutung der karibischen Inseln für China Nachdruck zu verleihen, reiste der chinesische Vize-Premier Qian Qichen 1998 nach Barbados, Guyana, Trinidad und Tobago, Kuba und Jamaika. Qian versprach, dass China lediglich an normalen bilateralen Beziehungen interessiert sei, die es unabhängig von der Anerkennung Taiwans in der Karibik intensivieren möchte. Ein Indiz für die Verbesserung chinesischer Beziehungen zur karibischen Welt ist die Aufnahme Chinas in die *Caribbean Development Bank* 1998. Die karibischen Inselstaaten sind ebenso wie Mexiko von besonderer strategischer Bedeutung, da sie China eine Möglichkeit verschaffen, von dort aus den US-Markt mit Gütern zu versorgen.

Zusammenarbeit auf internationaler Ebene:

Auf internationaler Ebene tritt China für eine neue internationale Ordnung ein. Diese definiert sich über zwei komplementäre Prozesse: den Nord-Süd-Dialog und die Süd-Süd-Kooperation. Letztere veranlasste Deng Xiaoping im Jahre 1989 zu der Aussage, dass China und Lateinamerika zusammenarbeiteten, um ein Beispiel funktionierender Süd-Süd-Kooperation abzugeben. Im Lichte dieser Kooperationspolitik muss zum einen die strategische Partnerschaft zwischen China und Brasilien, zum anderen die chinesische Unterstützung regionaler Integration, wie z. B. die Aufnahme Perus in die APEC im Jahre 1998, gesehen werden.

Von größerem Interesse für Lateinamerika war Chinas Politik im Rahmen der Vereinten Nationen. Auch wenn China die Souveränität, Selbstbestimmung und Unterstützung für alle Entwicklungsländer ohne politische oder ökonomische Konditionen auf sein Banner schrieb, spiegelte sein Verhalten diese Überzeugung nur dann wider, wenn es opportun erschien. Der Fall Kuba zeigte, dass Chinas Engagement gegen die Verabschiedung einer VN-Resolution zur Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen in Kuba eine direkte Reaktion auf die verbesserten kubanisch-chinesischen Beziehungen war. Im Falle Haitis (1996) und Guatemalas (1997) machte China seine Unterstützung friedensstiftender Maßnahmen in den Vereinten Nationen davon abhängig, dass diese Länder ihre diplomatischen Beziehungen zu Taiwan abbrechen.

Handelsbeziehungen: Die Handelsbeziehungen profitierten zum einen von der lateinamerikanischen Politik der Diversifizierung der Außenbe-

ziehungen – auch in den asiatisch-pazifischen Raum –, zum anderen von der chinesischen Politik der wirtschaftlichen Öffnung, die durch die exportorientierte Industrialisierung Chinas angetrieben wurde. Brasilien, Argentinien, Panama, Chile, Peru und Mexiko sind seit den Anfängen der Beziehungen die wichtigsten Handelspartner Chinas in Lateinamerika. Lateinamerikanische Länder kaufen mittlerweile Elektrogeräte, Spielzeug, medizinische Instrumente, Motorräder, Fahrräder und Handwerksprodukte. China importiert Eisen, Holz, Sojaöl aus Brasilien, Wolle, Weizen, Mineralien, Leder und Stahlprodukte aus Argentinien, Walzwerkprodukte und Güter der chemischen Industrie aus Mexiko. Mittlere Ökonomien, wie Chile, Kolumbien, Peru, Venezuela und Ecuador, führen hauptsächlich Rohstoffe aus und Fertigwaren ein. Diese Länder sind Märkte für chinesische Konsumgüter, wie Landwirtschaftsmaschinen, Autos, Fernseher und Textilien. Die wenig entwickelte Industrie in Zentralamerika und in der Karibik erlaubt diesen Ländern keine großen Exporte nach China. Insgesamt erhöhte sich das Handelsvolumen zwischen China und Lateinamerika von US\$ 1,9 Mrd. im Jahr 1990 auf US\$ 8,31 Mrd. im Jahr 1998 (China aktuell 1999: 15).

Wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit: In den 90er Jahren schloss China mit zwölf lateinamerikanischen Staaten – u.a. mit Mexiko, Brasilien, Kuba und Chile – Verträge über wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit ab, welche eine wechselseitige Unterstützung in der Landwirtschaft, Medizin, im Energiesektor, in der Elektroindustrie, in der Weltraumindustrie und in der Biotechnologie umfassen. Das wichtigste Abkommen unterzeichneten China und Brasilien, mit dem beide Länder den Grundstein für eine strategische Partnerschaft legten. Die 1993 unterzeichnete Übereinkunft umfasst ein Weltraumprogramm für die Produktion von zwei Satelliten zur Inspektion des Regenwaldes und regelmäßige Konsultationen in außenpolitischen Fragen.

Kulturaustausch: Trotz der Bedeutung wechselseitiger Verständigung und von Kenntnissen über die jeweiligen kulturellen Standards ist der Grad kulturellen Austausches eher niedrig. In China wurden zwar bereits in den sechziger Jahren Institute für Lateinamerika-Studien an den großen Universitäten eingerichtet, wodurch ein wissenschaftliches Interesse an dieser Region bekundet wurde, allerdings sind die Verbindungen auf

inoffizieller und offizieller Ebene eher rudimentär. Einige kulturelle Delegationen bereisten lateinamerikanische Länder, der Studentenaustausch wurde gefördert, doch diese Bemühungen stehen in ihren Auswirkungen im Gegensatz zu der von offizieller Seite immer wieder betonten Bedeutung kultureller Verständigung und Annäherung. In den 90er Jahren schloss China nur fünf Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit mit lateinamerikanischen Ländern (Argentinien, Bolivien, Kuba, Kolumbien, Ecuador) ab.

Fazit

Besuchsdiplomatie, wirtschaftlicher Austausch und die politische Zusammenarbeit zwischen China und Lateinamerika haben in den letzten Jahren zugenommen. Zudem zeigt auch der politische Diskurs, dass China an Lateinamerika interessiert ist und eine engere Kooperation auf allen Ebenen befürwortet. Die Motive für eine solche Annäherungspolitik können wie folgt zusammengefasst werden:

- Das Massaker auf dem Tiananmen-Platz beeinträchtigte Chinas Glaubwürdigkeit in der internationalen Gemeinschaft und zwang die chinesischen Entscheidungsträger zur Entwicklung neuer Strategien, um eine entspanntere Atmosphäre zu erzeugen. Auf lateinamerikanischer Seite hielt man sich mit den Kommentaren über den Tiananmen-Vorfall bedeckt, nicht zuletzt um dem Prinzip der Nichteinmischung gerecht zu werden. Es liegt folglich nahe, dass die Chinesen die lateinamerikanische Region auswählten, um eine Kampagne zur Aufbesserung ihres angekratzten Images zu starten.
- Neben dieser negativen Reputation musste China mit konkreten wirtschaftlichen Hindernissen, aufgebaut von der nordamerikanischen geführten „Anti-China-Koalition“, kämpfen, um das eigene ökonomische Überleben im internationalen Wirtschaftssystem zu garantieren. Natürlich spielen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit Lateinamerika im Rahmen der gesamten Handelsbeziehungen Chinas nur eine untergeordnete Rolle (ca. 3% des Außenhandels), aber dennoch möchte China keine Möglichkeit vernachlässigen, die dem übergeordneten Ziel dienen könnte: wirtschaftliche Entwicklung durch Modernisierung und vor allem durch Öffnung.

- Taiwan machte sich die ungünstige Lage der Volksrepublik zunutze, indem es sein Engagement in lateinamerikanischen Ländern intensivierte. Dadurch entstand eine Konkurrenzatmosphäre, die China mit politischen Druckmitteln beantwortete.
- Chinesische Diplomaten betonten in ihren Treffen mit den lateinamerikanischen Partnern nicht nur die Gemeinsamkeiten des eigenen Landes mit der lateinamerikanischen Region, sondern unterstrichen immer wieder die Notwendigkeit einer neuen internationalen Ordnung. Daraus ergeben sich zwei Schlussfolgerungen: In China stellt sich die Frage nach den möglichen Konstellationen im Weltsystem und nach seiner eigenen Positionierung. Die Volksrepublik sieht sich selbst nicht nur als wichtigen Akteur im globalen System, sondern versucht, dieses System in Einklang mit den eigenen Prinzipien und Ideen zu gestalten. Zweitens sucht China nach Allianzen mit Entwicklungsländern, die es braucht, um die Gestaltung einer neuen internationalen Ordnung durchzusetzen. Deshalb betonen Chinas Machthaber, dass das Reich der Mitte zur selben Kategorie von Ländern wie die lateinamerikanischen Staaten zählt. Diese Solidarisierungspolitik zielt auf all jene Länder ab, die immer noch keinen gleichberechtigten Anteil an der Weltwirtschaft erhalten haben und unter dem Mangel an Möglichkeiten leiden, ihre Forderungen in das internationale System zu transportieren.
- Die Grundprinzipien chinesischer Politikgestaltung, Frieden und Entwicklung, haben ideologische Belange weitestgehend ersetzt und dienen der Nutzenmaximierung. Unter Bezugnahme auf das Prinzip der Selbstbestimmung vermeidet China sowohl jegliche Einmischung in innenpolitische Angelegenheiten der lateinamerikanischen Staaten als auch den Export nationaler Konzepte. Gewinn und ökonomische Performanz sind in der heutigen Zeit vorrangige Ziele chinesischer Politikgestaltung. Demzufolge richtet sich das chinesische Interesse auf diejenigen Länder Lateinamerikas, die von strategischer Bedeutung sind. Daraus resultiert, dass China erstens nur mit Brasilien eine strategische Partnerschaft eingegangen ist, da das südamerikanische Land als regionale Macht perzipiert wird und dadurch eine akzeptable Basis für eine gegenseitig gewinnbringende Beziehung besteht. Zweitens pflegt China seine

Verbindungen zu Mexiko und den karibischen Inseln, um sich den Weg auf den US-Markt zu öffnen. Drittens motiviert China seine Annäherungen an Mexiko, Chile und Peru aus der Tatsache heraus, dass diese Länder Mitglieder der APEC sind, die für das Reich der Mitte eine wichtige Plattform für die chinesische Position im asiatisch-pazifischen Raum darstellt. Viertens motiviert die Taiwan-Frage China, engere Bindungen mit den karibischen Staaten zu knüpfen, die mehrheitlich die chinesische Republik auf Taiwan anerkennen. Selbst wenn Chinas Machthaber eine eher moderate Politik des „ein China, zwei Systeme“ akzeptieren, fordern sie doch das alleinige Recht, China im internationalen System zu repräsentieren und wirken einer Unabhängigkeitsbewegung in Taiwan entgegen.

Weiterführende Literatur:

- Chen Tuan 1992: Foreign Aid in ROC Diplomacy, in: *Issues & Studies*, Vol. 28, Nr. 9, 67-84.
- Cornelly, Marisela/Cornejo Bustamante, Romer 1992: China y América Latina, México D.F.
- Faust, Jörg 2000: Diversifizierung als außenpolitische Strategie. Chile, Mexiko und das pazifische Asien, Opladen 2000.
- Faust, Jörg/Mols, Manfred 1998: Latin America and the Asia Pacific. An Emerging Pattern of International Relations. Mainz (=Dokumente und Materialien 28).
- Feng Xu 1994: China and Latin America after the Cold War, in: Lowenthal, Abraham/Treverton, Gregory (eds.): *Latin America in a New World*, Boulder, San Francisco, Oxford, 150-165.
- He Li 1991: *Sino-Latin American Economic Relations*, New York, Westport, London.
- Lin Teh-chang 1996: Beijing's Foreign Aid Policy in the 1990s: Continuity and Change, in: *Issues & Studies*, Vol. 32, Nr. 1 (January), 32-56.
- Mora, Frank 1997: The People's Republic of China and Latin America: From Indifference to Engagement, in: *Asian Affairs: An American Review*, Vol. 24, Nr. 1 (Spring), 35-58.
- Nathan, Andrew/Ross, Robert 1997: *The Great Wall and the Empty Fortress. China's Search for Security*, New York.
- Robinson, Thomas 1994: Chinese Foreign Policy from the 1940s to the 1990s, in: Ders./Shambaugh, David (eds.): *Chinese Foreign Policy. Theory and Practice*, Oxford, 554-602.
- SELA (Sistema Económico Latinoamericano) 1995: *La República Popular China: Apertura y posibilidades para las relaciones económicas con América Latina y el Caribe*. Working Paper SP/CLXXI.O/Di Nr. 19, Caracas.
- Shih Chih-Yu 1993: *China's just World. The Morality of Chinese Foreign Policy*, Boulder, London.

Weggel, Oskar 1999: Chinas Außenpolitik am Ende des 20. Jahrhunderts. Part 6: Die Praxis der Beijinger Außenpolitik und ihre Gezeiten (5. Teil), in: *China aktuell*, Jg. 28, Nr. 4, 350-368.

Xu Wenyuan 1993: Promotion of Sino-Latin American Economic and Trade Relations: Retrospects and Prospects, in: *Foreign Affairs Journal*, Nr. 29, 48-55.

Autorinnennotiz: Stefanie Reiß, M.A. studierte Politikwissenschaft in Mainz und Leiden (Niederlande), Mittlere und Neuere Geschichte sowie Romanische Philologie in Mainz; Forschungsschwerpunkte: Zivilgesellschaft und politische Transformation, Mexiko, China; E-Mail: reiss@politik.uni-mainz.de

Der vorliegende Beitrag ist im Rahmen eines von der **VW-Stiftung** geförderten Projektes zum Thema „**Lateinamerika und das Pazifische Asien**“ an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz entstanden. Weitere Informationen zum Projekt unter <http://www.politik.uni-mainz.de/latinoamerica-asia/>; E-Mail: la-asien@politik.uni-mainz.de

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Ilse Heinbokel.

Bezugsbedingungen: DM 120,- p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); DM 90,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); DM 60,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von DM 30,- erhoben. Einzelausgaben kosten DM 6,00 (für Studierende DM 4,00). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaci 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: iikhh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.rrz.uni-hamburg.de/IIK>

Lateinamerika Jahrbuch 2000 Band 9

Herausgegeben von:

**Klaus Bodemer, Heinrich-W. Krumwiede,
Detlef Nolte und Hartmut Sangmeister**
Schriftleitung: Wolfgang Grenz

Teil I: Aufsätze: Detlef Nolte: **Lateinamerikas Parteien zwischen Volatilität und Beharrung** / Manfred Wöhlcke: **Das Bevölkerungswachstum in Lateinamerika – Konsequenzen für Entwicklung, Stabilität und Umwelt** / Susana Sottoli: **Sozialpolitik in Lateinamerika im Zeichen von Marktwirtschaft und Demokratie** / Barbara Kloss-Quiroga / Axel Kroeger: **Gesundheitssituation in Lateinamerika und Reformen im öffentlichen Gesundheitswesen**

Teil II: Entwicklungen in Ländern und Regionen: Länderchronologien 1999, Basisdaten, Kennziffern zur demographischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung für alle Länder Lateinamerikas und der Karibik.

Frankfurt/M.: Vervuert 2000, 312 S., ISBN 03-89354-424-0

Einzelpreis: DM 35,00 – Abonnementspreis: DM 28,00 pro Ausgabe jeweils zuzüglich Versandkosten

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaci 8, 20354 Hamburg · Tel. 040 / 41 47 82 01 / Fax: 41 47 82 41

Wolfgang Hirsch-Weber / Detlef Nolte (Hrsg.)

Lateinamerika: ökonomische, soziale und politische Probleme im Zeitalter der Globalisierung

**Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde 2000, 138 Seiten, DM 15,00
(Beiträge zur Lateinamerika-Forschung, Band 6)
ISBN 3-926446-82-X**

Nach zwei Dekaden politischer Demokratisierung und wirtschaftlichen Umbruchs fällt die ökonomische, soziale und politische Bilanz in Lateinamerika widersprüchlich aus. Zwar konnte die Mehrzahl der lateinamerikanischen Länder in den neunziger Jahren nach einer Dekade der wirtschaftlichen Krise und Stagnation wieder ein Wirtschaftswachstum verzeichnen. Die wirtschaftlichen Integrationsprozesse sind vorangeschritten, und Lateinamerika ist wieder ein interessanter Standort für ausländische Direktinvestitionen geworden. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, hat das Wachstum jedoch bisher nicht ausgereicht um den Anteil der Armen an der Bevölkerung signifikant zu senken. Und Lateinamerika ist die Region mit der krasssten wirtschaftlichen Ungleichheit und der geringsten sozialen Mobilität geblieben. Die sozialen Verwerfungen und der schroffe Gegensatz zwischen arm und reich haben zu einem dramatischen Anstieg der Kriminalität geführt. Das brüchige soziale Fundament beeinträchtigt die lateinamerikanischen Demokratien. Sie haben sich zwar als krisenresistenter erwiesen als es viele Skeptiker voraussagten, und sie sind auch nicht direkt von einem Rückfall in autoritäre Systeme bedroht. Doch die Qualität der demokratischen Systeme hat sich in den neunziger Jahren tendenziell eher verschlechtert als verbessert. Trotz aller wirtschaftlichen Modernisierung haben viele traditionelle Defekte der lateinamerikanischen Politik überlebt. So hat die Korruption in Gesellschaft und Staat nicht abgenommen. Der vorliegende Band vereint Beiträge, die sich mit diesen und anderen ökonomischen, sozialen und politischen Problemen Lateinamerikas im Zeitalter der Globalisierung befassen.

Aus dem Inhalt: Lateinamerikas wirtschaftliche Entwicklung im Zeitalter der Globalisierung: Liberalisierung, regionale Integration und Weltmarktorientierung (Hartmut Sangmeister); Die Staaten Lateinamerikas und die Welthandelsorganisation (Francisco León); Die biregionalen Beziehungen der EU zu Lateinamerika zwischen Institutionalisierung und Globalisierung (Wolf Grabendorff); Gesellschaftliche Ungleichheit und gesellschaftliche Machtverhältnisse (Peter Waldmann); Das zwiespältige Verhältnis von Modernisierung und Korruption in Lateinamerika (H. C. F. Mansilla); Ursachen und Folgen hoher Kriminalitätsraten und mangelnder Rechtssicherheit in Lateinamerika (Detlef Nolte); Demokratie in Lateinamerika? (Heinrich-W. Krumwiede); Politische Parteien in Lateinamerika (Nikolaus Werz).

Zu beziehen über:

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaci 8 · 20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41
E-Mail: iikhh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.rrz.uni-hamburg.de/IIK>